

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

25.4.1895 (No. 113)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. April.

№ 113.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettiseile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Für die Monate Mai und Juni werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition des Blatts, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 19. April d. J. wurde Expeditions-assistent Ludwig Diehl beim Stationsamt Ettlingen zur Güterverwaltung Karlsruhe, Expeditionsassistent Egon Mehlin beim Stationsamt Efringen-Kirchen zum Großh. Betriebsinspektor in Freiburg, Expeditionsassistent Jakob Weber bei der Güterverwaltung Offenburg zum Stationsamt Rastatt und Expeditionsassistent Heinrich Kitzling beim Stationsamt Immendingen zur Güterverwaltung Karlsruhe versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Ein Wahlbild aus Württemberg.

Stuttgart, 23. April. Der antidemokratische Kandidat für die Reichstagswahl im XIV. württembergischen Wahlkreis, Baurath Schmann, hat einen Aufruf an die Wähler veröffentlicht. Darnach ist die Kandidatur aufgestellt von der deutschen Partei des Wahlkreises, die neue „Wirtschaftspartei“ hat ihre Unterstützung zugesagt, der Kandidat selbst aber gehört der konservativen Partei an, die selbst im Wahlkreis keinerlei Organisation besitzt. Das eröffnet einen Einblick in die Absonderlichkeiten der Parteispaltung, die auch nicht verständlicher werden, wenn man sich das Programm des Kandidaten ansieht. Derselbe erklärt die Hebung der Getreidepreise durch Abwehr der ausländischen Einfuhr für die dringendste politische Aufgabe der Gegenwart, von deren Lösung auch die Prosperität von Handwerk und Industrie, die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, jeder wirtschaftliche und politische Fortschritt abhängt. Insbesondere würde daher die Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide seine Unterstützung finden. Von den weiteren Erklärungen des Kandidaten ist bemerkenswert, daß er die Umsturzvorlage „in ihrer ganzen jetzigen Gestalt“ verwirft und nicht die Hand dazu bieten will, „die Geistesfreiheit unseres Volkes beeinträchtigen zu lassen“. Letztere Stellungnahme entspricht einem Beschluß, mit dem dieser Tage der Ausschuß der konservativen Partei Württembergs sich entschieden gegen die Umsturzvorlage erklärt hat.

Betrachtet man die hier vorliegenden Thatsachen, so muß man sich doch fragen: warum hat die deutsche Partei des 14. Wahlkreises ihre agitationskräftigsten Elemente als „Wirtschaftspartei“ von sich abspalten lassen, wenn sie doch in der Lage ist, einen Kandidaten aus den übrigen aufzustellen, der die Hauptforderung der Wirtschaftspartei, den Antrag Kanig, in dieser weitgehenden Weise sich zu eigen macht? Und was trennt die deutsche Partei von der konservativen Partei, wenn sie sich in einem Wahlkreis, in dem die konservative Partei gar nicht vertreten ist, einen Angehörigen derselben als Kandidaten holt und sich hieron auch dadurch nicht abhalten läßt, daß bei der letzten Landtagswahl die konservative Partei zum erstenmal selbständig hervorgetreten ist und ihr schärferes Abdrücken von der deutschen Partei mit ihren abweichenden Anschauungen in den wirtschaftlichen Fragen und deren zunehmender Wichtigkeit begründet hat? Nimmt man noch dazu die Erklärungen der Kandidaten für „jeden zeitgemäßen Fortschritt“, für die Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts als eines „Schildes der Gerechtigkeit für die bedrückten und notleidenden Volksteile“, seine Stellungnahme gegen die Umsturzvorlage — so bleiben nur ganz minimale, schließlich auf Persönlichkeiten zurückzuführende Differenzen übrig, die doch jedesmal zurückgedrängt werden müssen, wenn die antidemokratischen Gruppen sich nicht bei jeder Wahl von vornherein zur Resignation verurtheilt sehen wollen.

* Die Ausgestaltung der Krankenkassen

bildete den ersten Beratungsgegenstand der am Montag in Düsseldorf zu ihrer IV. Konferenz versammelten Vertreter der Centralstelle für Arbeiterwohlthätigkeitsvereine. Als Generalreferent bezeichnet Prof. Dr. Hise den Zweck der Beratung dahin, eine Anregung zu geben, daß in Sachen der Krankenversicherung vorwärts geschritten werde. Die Ausgestaltung der Krankenkassen erstreckt sich zunächst auf drei wichtige Punkte: 1. die Ausdehnung der Dauer der Unterstützung, 2. Gewährung von Krankengeld für Sonn- und Feiertage und 3. Erhöhung des Sterbegeldes und Bewilligung von Genesungsmitteln. Zu Punkt 1 macht Referent den Vorschlag, die jetzige gesetzliche Unterstützungsdauer

von 13 auf 26 Wochen zu verlängern; sein Wunsch geht sogar auf eine Ausdehnung auf ein Jahr, so daß sich die Krankenversicherung an die Invalidenversicherung anschließen. Die längste Unterstützungsdauer hätten diejenigen Klassen, die von den Arbeitern selbst unterhalten würden, nämlich von den eingeschriebenen Diakonen. Die Mehrleistung, die erforderlich würde, ließe in keinem Verhältnis zu den Vorteilen der Verlängerung der Unterstützungsdauer. In vielen Fällen würde die Genesung jetzt unterbrochen, indem die Kranken vor Ablauf der Unterstützungsdauer einige Tage arbeiteten, um dann wieder erneut als krank zu gelten, so daß thatsächlich jetzt schon die Bestimmung des Gesetzes nicht eingehalten werde. Geschieht es jetzt anläßlich, daß die Unterstützung schon am ersten Tag der Krankheit beginnt. Neben einer notwendigen Erhöhung der Beiträge liege die Gefahr der Simulation erheblich. Bei kleineren Klassen würde der Referent die Zahlung vom ersten Tag ab empfehlen, nicht aber bei größeren. Redner spricht sich dafür aus, daß das Krankengeld auch für die Sonn- und Feiertage gezahlt werde; das Gesetz läßt dies zu. Ebenso befürwortet er die gesetzliche Erhöhung des Krankengeldes, das jetzt die Hälfte des ortsüblichen Verdienstes beträgt, auf zwei Drittel bis drei Viertel, weil die Hälfte in Krankheitsfällen, wo der Arbeiter oft besser leben müsse, nicht ausreichte. Jedenfalls soll die Zahlung des Krankengeldes in den Fällen mit dem ersten Tag der Erkrankung beginnen, wo es sich um einen Unfall handle, denn hierbei sei die Gefahr der Simulation ausgeschlossen. Ferner ist der Redner für die Erhöhung der Unterstützungsdauer für Wöchnerinnen von 4 auf 6 Wochen. In der Schweiz, wo die Frist sogar 8 Wochen betrage, habe seit Einführung dieser Frist die Kindersterblichkeit so erheblich abgenommen, daß sie jetzt niedriger sei als in manchen Berufszweigen. Hauptächlich sei die Verlängerung in Rücksicht auf das Kind anzustreben. Das Sterbegeld, das jetzt gesetzlich das Bruttogehalt des Verstorbenen beträgt, möge auf das Vierzigfache erhöht werden. Ebenso sollen Genesungsmittel wie Wein, Cognac und Milch bewilligt und die Krankenpflege auf die Angehörigen der Arbeiter ausgedehnt werden.

In der Diskussion des Referats waren alle Redner darin einig, daß die Forderungen des Referenten begründet seien, daß aber die Erfüllung eine Schwärze in der Verfügungsbiligkeit der Ortskrankenkassen habe; an dem Betrage von drei Prozent des Lohnes müsse festgehalten werden. Daß eine Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen, sowie eine Erhöhung des Krankengeldes zu erstreben sei, befürwortete alle Redner. Bezüglich der Beiträge bis zum Beginn der Leistungen der Klassen sprach sich die Mehrheit für die Beibehaltung der Karenzzeit von drei Tagen aus mit Ausschluß für Unfälle, bei denen sofort die Zahlung beginnen solle. Bezüglich der Genesung von Stützungsstellen einigte man sich dahin, daß sie mit Genehmigung des Kassenvorstandes bewilligt werden sollen. Sanitätsrath Buch tritt für die Leistungen der Klassen bei den Folgen geschlechtlicher Ausschweifungen ein, da die Familienangehörigen im Falle der Nichtbehandlung der Krankheiten mit zu leiden hätten. Prof. Hise theilt diesen Standpunkt nicht; man müsse sonst auch durch eigene Schuld erhaltene Verwundungen, die z. B. von einer Schlägerei herrühren, als Krankheit im Sinne des Krankengesetzes behandeln.

Die Versammlung erörterte sodann die Organisation der Krankenkassen. Stadtrath Dr. Schmidt-Weipzig führte aus, daß die Mißfolge, an denen viele Ortskrankenkassen einzelner Gewerbezweige zu leiden hätten, zu dem Gedanken der Vereinigung aller Ortskrankenkassen in eine einzige gemeinnützige Kasse führten. Gelungen ist die Ausführung dieser Idee in Altona, Osnabrück, Bonn, Koblenz, Kleve, in verschiedenen Städten des Elsaß und des Regierungsbezirks Schleswig, in Dresden, Leipzig und Chemnitz, ferner in Frankfurt a. M., Bremen u. s. w. Die erhoffte Verbilligung der Verwaltung hat sich zwar nicht eingestellt; der Hauptvorteil der Centralisation sei aber, daß die centralisirte Kasse auch die wirtschaftlich und persönlich am wenigsten widerstandsfähigen Elemente umfasse, die sonst der Gemeindeversicherung anheimfielen. Während früher in Leipzig 18 Verusklassen existierten, gebe es jetzt doch nur eine Centralkasse, die 68 000 Mitglieder und 160 freiwillige Kontrolleure zähle. Landesrath Dr. Niebisch-Hannover spricht für das Zusammenwirken der Krankenkassen und der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten auf dem Gebiet der Krankenfürsorge. Die Mithilfe der Versicherungsanstalten werde notwendig, wenn es sich um Krankheiten handle, die länger dauern, als die gesetzliche Fürsorge der Krankenkassen, ferner bei Operationen, Behandlung der Kranken durch Spezialärzte anderer Orte, Unterbringung der Kranken in Sanatorien, Luftkurorten u. s. Das Ergebnis der Beratung ist, daß sowohl Berufs- als auch Centralstellen für die verschiedenen Verhältnisse für zweckmäßig erkannt werden.

Deutsches Reich.

Dresden, 23. April. Der Kaiserliche Sonderzug traf laut „Dresdener Journ.“ 11 Uhr 55 Min. auf der Haltestelle Strehlen ein. Nachdem Seine Majestät der Kaiser den Zug verlassen hatten, wurden Allerhöchstdieselben in der Wartehalle von Ihrer Majestät der Königin begrüßt. Der Kaiser trug die Uniform Allerhöchsteiner Königl. Sächsischen 2. Grenadierregiments Nr. 101 mit dem Bande und den Insignien des Königl. Sächsischen Hausordens der Rautenkrone. Nach erfolgter Begrüßung begaben sich der Kaiser und die Königin, gefolgt von den Damen und Herren des Dienstes, durch den Garten nach der Königl. Villa, vor deren Freitreppe Seine Majestät der Kaiser von Seiner Majestät dem

König empfangen und herzlich begrüßt wurden. Hierauf fand Frühstück in familie statt, an welchem Ihre Majestäten der Kaiser, der König und die Königin theilnahmen. Das Kaiserliche Gefolge fuhr nach der Ankunft auf Haltestelle Strehlen alsbald nach dem Böhmischem Bahnhofe zurück und begab sich von dort in die Absteigequartiere im Palais am Taschenberge. Dasselbst fand Marischallfrühstück statt. Gegen 1/1 Uhr begaben sich Ihre Majestäten der Kaiser und der König zur Parade nach dem Mannplage. Derselben wohnten auch Ihre Majestät die Königin und Ihre Königl. Hoheiten die Prinzessinnen des Königl. Hauses zu Wagen bei. Die Königl. Prinzen waren an der Parade aktiv theilhaftig. Nachmittags um 4 Uhr fand in Villa Strehlen Königl. Familientafel statt, an welcher Ihre Majestäten der Kaiser, der König und die Königin, Ihre Königl. Hoheiten der Prinz Georg, die Prinzen Friedrich August und Johann Georg mit Durchlauchtigsten Gemahlinnen, die Prinzessin Mathilde und Ihre Hoheit die Frau Herzogin von Schleswig-Holstein nebst Prinzess-Dochter Feodora theilnahmen. Um 6 Uhr erfolgte über Leipzig-Webra die Abreise Seiner Majestät des Kaisers nach Karlsruhe.

Q Berlin, 23. April. Nachdem mit dem 1. April d. J. die Sonntagsruhe auch für Industrie und Handwerk Geltung erlangt hat, regen sich vereinzelt Zweifel über den Umfang der Personen, auf welche sich die bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 beziehen. Es ist zunächst klar, daß die Sonn- und Festtagsruhebestimmungen auf die Personen, welche man gemeinhin als Arbeiter bezeichnet, sowie auf die Gesellen und Lehrlinge Anwendung zu finden haben. Es kommt dabei nur noch außerdem in Betracht, daß soweit es sich um die jugendlichen Arbeiter in Fabriken handelt, für diese noch strengere Vorschriften Platz greifen muß, daß sie an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. In dieser Beziehung macht sich ein Unterschied zwischen Fabriken und Werkstätten bemerkbar. Sodann muß die vorgeschriebene Ruhezeit auch den Betriebsbeamten, Werkmeistern und Technikern gewährt werden, weil diese Kategorie von in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen ausdrücklich in die Ueberschrift des Titels VII der Gewerbeordnung, dessen Anfang die Sonntagsruhebestimmungen bilden, aufgenommen sind. Nicht unter diese Bestimmungen fällt dagegen einmal der Arbeitgeber selbst. Er kann, soweit nicht landesgesetzliche oder ortspolizeiliche Anordnungen entgegenstehen, auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten. Dasselbe wird in der Regel von den Angehörigen des Arbeitgebers gelten, wenigstens in allen den Fällen, wo sich dieselben zu dem letzteren nicht in einem Arbeitsverhältnis befinden. Sodann ist von den Bestimmungen das ganze sogenannte Comtoirpersonal ausgenommen, also alle diejenigen Personen, welche nicht zum technischen, sondern zum kaufmännischen Theile eines Betriebes gehören. Für diese haben natürlich schon die Sonntagsruhebestimmungen im Handelsgewerbe Geltung erlangt. Es ist demnach für den ganzen Umfang der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen hinreichend klare Bestimmung getroffen.

Berlin, 23. April. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Saatenkandabericht im Deutschen Reich der Mitte April ist folgender: Winterweizen 2,5, Winterpelt 2,5, Winterroggen 3,4, Alee 2,2, Wiesen 2,6. Im größten Theile des Deutschen Reichs, namentlich im Norden und Osten, verursachten die Schneemassen große Nachtheile, insbesondere hat Roggen vielfach gelitten. Die Frühjahrseinstellung ist nur in wenigen Gegenden einigermaßen vorgeschritten. Alee ist im allgemeinen gut durchgewintert. — Nach Schluß der heutigen Reichstagsitzung wurde eine Kommission für den Antrag Kanig gewählt. Vorsitzender ist Adm. Baasche, Stellvertreter Vorsitzender Meyer-Salle, Schriftführer Will, Rambold, Galler und Bannhoff.

Detmold, 24. April. Der Landtag stimmte mit 15 gegen 6 Stimmen dem Antrag zu, mit Einverständnis des Regenten folgendes Gesetz anzunehmen: Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe wird als Regent anerkannt, bis die Thronstreitigkeiten entschieden sind. Dann übernimmt der nach derselben nächstberechtigte Thronfolger die Regentenschaft. Die Regelung erfolgt durch einen Gerichtshof. Tritt das Ableben des Prinzen Alexander ein, ohne daß eine Regelung erfolgt ist, so erlischt die Regentenschaft. Der Regent erhält 250 000 M. aus der Domänenkasse der Staatsregierung und erklärt sich bereit, baldmöglichst einen Akt der Reichsgesetzgebung zu beantragen, durch den das Reichsgericht als Gerichtshof zur Erledigung der Thronstreitigkeiten eingesetzt wird.

Weimar, 23. April. Im hiesigen Stadthause fand gestern der zweite Parteitag der konservativen Thüringens statt. Breslau, 23. April. Der Polizeipräsident erklärte grundsätzlich die Auflösung politischer Versammlungen

(Mit einer Beilage.)

aus dem Grunde, weil sie über die Polizeistunde hinaus dauern, für unzulässig.

Der Ausbruch der Cholera.

Die amtliche Meldung von dem Ausbruche der Cholera in Mekka sagt dem aufmerksamen Tageschronisten nichts überraschend Neues, nachdem einmal das Auftreten der Seuche in dem Quarantänelazareth der Insel Caraman festgestellt war. Der Sanitätsdienst in den entlegeneren, der europäischen Kontrolle minder zugänglichen Gegenden des ottomanischen Reiches läßt auch heute noch, trotz aller Bemühungen der internationalen Sanitätskommission in Konstantinopel, so gut wie alles zu wünschen übrig. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat die Seuche schon geraume Zeit in den arabischen Küstengebieten ihre Opfer gefordert, ehe man es für angebracht erachtete, deren Vorhandensein offiziell anzuerkennen, und ihr Erscheinen in Mekka ist dem indirekten Zugeständniß gleich zu erachten, daß ganz Arabien der Seuche verfallen ist. Für Europa erwächst aus dieser Sachlage die dringende Pflicht, ohne Säumen alle Vorbeugungsmaßregeln in Stand zu setzen. Die aus der ganzen mohamedanischen Welt nach den heiligen Stätten Jemens zusammenströmenden Pilger, soweit sie nicht während ihres Aufenthalts an Ort und Stelle der Seuche zum Opfer fallen, schleppen den Keim der Ansteckung mit sich fort und man kann sich darauf gefaßt machen, daß zahlreiche Cholerafälle bei vorrückender Jahreszeit längs der nach und von Südarabien führenden Wallfahrtsstraßen ausbrechen und, wo sie günstige Entwicklungsbedingungen vorfinden, einen epidemischen Charakter annehmen werden. Leider wird nun aber das Choleragebiet von einer der meistbefahrenen Schiffahrtsstraßen der Welt, dem Seewege von Europa nach Indien und Australasien, durchschnitten, und damit wird der Möglichkeit Thür und Thor geöffnet, daß auch nach Europa Cholerakeime sich verirren und eventuell sich zu Epidemien auswachsen können. Die zur Eindämmung und Unschädlichmachung der Gefahr vereinbarten internationalen Reglements haben sich ja in der Praxis schon hinreichend bewährt, daß man vertrauen darf, sie werden bei sachgemäßer und vor allen Dingen rechtzeitiger Inkrasssetzung auch dieses Mal den auf sie gesetzten Erwartungen entsprechen. Immerhin ist das Wesen der Cholera so geartet, daß Niemand mit mathematischer Gewißheit behaupten kann, selbst die sorgfältigste Beobachtung aller sanitätspolizeilichen Vorschriften verbürge eine absolute Immunität, zumal Handel und Verkehr in ihrem gewohnten Gange auch während hygienisch kritischer Zeiträume möglichst wenig beschränkt werden sollen, nach den neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen auch nicht beschränkt zu werden brauchen. Ein Ort, der diesmal Ursache hätte, sich doppelt und dreifach vorzusehen, ist London, dessen Wasserleitungskanalität während des verflohenen Winters Unzulänglichkeiten weitestgehender Art nach sich gezogen und starke Verunreinigung des Bodens, sowie des Grundwassers in zahlreichen Stadtvierteln zur Folge gehabt hat. Schon vor Monaten wurde von medizinischen Fachzeitschriften dieser Uebelstand im Hinblick auf eine mögliche Choleraeinführung als ein sehr ernster bezeichnet und dringend eine gründliche Desinfizierung der verunreinigten Quartiere gefordert.

Verhandlungen des Badischen Landwirtschaftsraths.

Karlsruhe, 24. April.

Heute Vormittag 10 Uhr wurde die vierte Tagung des Badischen Landwirtschaftsraths durch den Präsidenten desselben, Herrn Klein-Wertheim, mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet, in welcher derselbe die Vertreter der Regierung, besonders den Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern, Excellenz Eifenlohr, willkommen hieß und mit dem Wunsche schloß, daß auch diese Verhandlungen durch gemeinsames Wirken zum Nutzen der Landwirtschaft ausfallen möchten. Als Vertreter der Regierung war der Resipient für landwirthschaftliche Angelegenheiten, Herr Ministerialrath Reinhard, erschienen, außerdem Graf Bismarck, technischer Beamter für Pferdezüchtungsangelegenheiten, Regierungsrath Merklin, Veterinärinspektor Hafner, Geh. Hofrath Dr. Kessler, Professor Dr. Klein. Wir erwähnen noch, daß an Stelle des ausgeschiedenen Grafen Bismarck Seine Durchlaucht der Fürst von Fürstenberg in den Landwirtschaftsrath eingetreten ist und daß Freiherr v. Bodman, der jetzige badische Gesandte an dem Bayerischen und dem Württembergischen Hofe, erschienen ist, um in seiner Eigenschaft als Vizepräsident den Sitzungen anzuwohnen. Zu Schriftführern werden die Herren Herbst und Direktor Burchard gewählt, worauf in die Tagesordnung eingetreten wird. Dekonomierath Schmid erstattet Bericht über die Denkschrift über die Entwicklung des Molkeerwesens im Großherzogthum Baden, Gewährung staatlicher Beihilfe zur Errichtung von Separatormolkereien zwecks Säureabmutterbereitung betreffend. Die Denkschrift der Regierung ist bereits in Nr. 61 der „Karlsruh. Ztg.“ in größter Ausführlichkeit behandelt worden, so daß wir an dieser Stelle dieselbe wohl übergehen können. Der Referent gelangt nach einer kurzen Begründung unter Hinweis auf die Hauptpunkte in der oben erwähnten Denkschrift zu folgendem Antrag, der sich im allgemeinen auch mit den Ausführungen der Denkschrift deckt: „Der Landwirtschaftsrath wolle aussprechen: 1. In der Errichtung von Separatormolkereien auf dem Wege genossenschaftlicher Vereinigung der Landwirthe ist zur Zeit ein Mittel zur Schaffung sicherer und regelmäßiger Baareinnahmen für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung zu erblicken.

2. Es ist deshalb wünschenswert, daß der weiteren Ausbreitung dieser Molkereien durch Gewährung entsprechender staatlicher Beihilfen zu den Einrichtungskosten auch fernerhin, wie bisher, kräftig Vorschub geleistet werde.

3. Der Landwirtschaftsrath befürwortet daher: a. Solange die dormaligen günstigen Preis- und Absatzverhältnisse für Säureabmutter anhalten und eine dieselben benachteiligende gegenseitige Konkurrenz der Molkereien bei einer rascheren Vermehrung ihrer Zahl noch nicht zu befürchten ist, eine — wenn auch mäßiger — Staatsbeihilfe an genossenschaftliche Vereinigungen zum Zweck der Einrichtung von Separatormolkereien — sofern das Unternehmen im einzelnen Falle einer Beihilfe würdig erscheint — auch dann zu gewähren, wenn solche Molkereien an anderen Orten des Bereichs oder Amtsbezirktes bereits bestehen, und b. zu diesem Zweck im Budget für 1896/97 eine Erhöhung der budgetmäßigen Mittel herbeizuführen.“

Der Korreferent R. e. s. v. Dainau hebt in seinem Bericht hervor, daß in dem Molkereiwesen der Baarenabgabe eine um so bedeutendere Rolle spiele, als die in Frage kommende Waare eine Aufspeicherung bis zum Eintritt gänzlich konjunktioneller ohne Qualitätsabnahme nicht zu extrahieren vermöge. Er lege deshalb das Schwerkraut auf einen rationalen Verkauf der Waare. Der Antrag des Korreferenten geht dahin: „Die Groß-Regierung wird ersucht, ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, die Genossenschaftsmolkereien auch ferner durch Geldbeiträge zu fördern, insofern sich die bis heute bestehenden Molkereien in ihrer Mehrzahl in der Absicht zu einem selbständigen Verbandsvereine vereinigen, die gegenseitige Konkurrenz beim Baarenabgabe zu beschränken und den Preis der Butter auf einer der besten Qualität derselben entsprechenden Höhe zu erhalten.“

In der sich anschließenden lebhaften Debatte stellt sich Freiherr v. Bodman an den Standpunkt des Korreferenten und beantragt den Abschluß d. des Hauptantrags dahin zu erweitern, „die Regierung möge die Bildung eines Verbandes der Molkereien unterstützen.“ Redner geht dabei von dem Gedanken aus, daß die Organisation des Absatzes den Kernpunkt der Sache bilde. Auch solle man es der Regierung überlassen, ob und wie dieselbe das Zustandekommen neuer Molkereien unterstützen wolle. Der Herr Bittlingen schildert die Vorgänge des Separatormolkereibetriebs in eingehender Weise. Redner empfiehlt den Antrag Schmid zur Annahme und bittet die Regierung, auch den Privatmolkereien ihre Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Zu Schluß der Beratung erteilt Ministerialrath Dr. Reinhard das Wort, um sich einleitend über die bisherige Praxis, betreffend die Gewährung von Beiträgen, zu verbreiten. Sowohl an Einzelne wie an Vereine seien solche ursprünglich geerbt worden; als sich das Genossenschaftswesen mehr und mehr ausgedehnt, habe sich die Regierung darauf beschränkt, nur an solche unter Anwendung bestimmter Normativbestimmungen Beiträge zu gewähren. Dabei sei im Hinblick auf den wesentlich erzieherischen Charakter der betreffenden Fürsorgeanstalten ausgegangen worden, daß regelmäßig nur für die erste in einem Bezirke gegründete Genossenschaftsmolkerei staatliche Unterstützung geerbt werde. In 36 Bezirken seien nun Molkereien auf genossenschaftlicher Grundlage gegründet worden. Die Regierung habe sich deshalb die Frage vorlegen müssen, ob auch für die Folge Unterstützung zu gewähren und event. ob an den bisherigen Normativbestimmungen festzuhalten sei. Ueber diese Frage habe sich die Regierung nicht schlüssig machen wollen, bevor der Landwirtschaftsrath gesprochen habe. Gewiss sei der Stand des Buttermarktes ein für die Produzenten ungünstiger; es liege die Annahme nahe, daß die bestehende Depression zusammenhänge mit der zunehmenden Ausbreitung der Magarinebutter. Wenn auch in Süddeutschland in weiten Kreisen eine Abneigung gegen die Verwendung solcher beische, so würde doch die Ueberfüllung des norddeutschen Marktes preisdrückend auch auf den süddeutschen Markt überirren. Nun erlaube es zwar widerwillig, in demselben Augenblick, in welchem ein Erwerbszweig infolge der Ueberproduktion darniederliege, zu weiteren Gründungen anzuregen, doch scheine dies nur so. Denn wenn der Separatormolkereibetrieb auch eingeschränkt würde, so würde dadurch der Markt nicht entlastet, denn die vorhandene Milchmenge werde, soweit sie nicht anderweitige Verwendung finde, nach wie vor zur Butterbereitung benutzt werden, es würde vielmehr nur bewirkt, daß ein Produkt auf den Markt gebracht werde, das weit weniger als die Säureabmutter den Konkurrenzkampf auszuhalten vermöge. Wenn im Sinne der gedachten Wünsche ein Verband der Molkereien des Landes gegründet werde, so werde die staatliche Unterstützung wohl nicht fehlen.

Nachdem der Korreferent seinen Antrag zurückgezogen, werden die Anträge Schmid mit dem Zusatzantrag v. Bodman einstimmig angenommen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 24. April.

Heute Vormittag 9¹/₂ Uhr fuhrn Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog zum Hauptbahnhof, wo zum Empfang Seine Majestät des Kaisers anwesend waren: Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl, der Oberstallmeister von Polzing, der Königlich Preussische Gesandte, Wirkliche Geheimerath von Eißendeker, der kommandirende General des 14. Armeecorps, General der Infanterie von Schlichting, und der Geheime Legationsrath v. Riberlen-Waechter, welcher gestern hier eingetroffen war und während des Aufenthalts Seiner Majestät hier verweilen wird. Punkt 10¹/₂ Uhr fuhr der Kaiserliche Extrazug auf der Rheinbahn in den Hauptbahnhof und Seine Majestät der Kaiser entstieg im Uniformüberrock Allerhöchsterseines Badischen Grenadierregiments den Wagon. Seine Majestät umarmte Seine Königliche Hoheit den Großherzog mehrmals und begrüßte alle Anwesenden in huldvollster Weise. Der Kaiser bestieg, vom Großherzog begleitet, einen offenen Wagen und die Allerhöchsten Herrschaften fuhrn, unterwegs von dem zahlreich versammeltem Publikum lebhaft begrüßt, zum Großherzoglichen Schlosse. Hier empfingen Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzogin und die Erbgroßherzogin, umgeben von dem gesammten Hofstaat, den Kaiser in der Vorkhalle des Hauptportales, wo Seine Majestät die sämmtlichen Damen und Herren mit Ansprachen beehrte. Darauf bezog Seine Majestät die Kaiserzimmer und nahm daselbst mit den Höchsten Herrschaften das erste Frühstück ein. Um 11¹/₂ Uhr fuhrn Ihre Königlichen Hoheiten die Großherzogin und die Erbgroßherzogin, Seine Majestät

der Kaiser, sowie Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog wieder zum Hauptbahnhof, um daselbst Ihre Majestät die Königin von Großbritannien auf Allerhöchstherr Durchreise nach Darmstadt zu begrüßen. Die Königin kommt von Straßburg und ist von Ihrer jüngsten Tochter begleitet. Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften bestiegen den Wagon der Königin und begrüßten Ihre Majestät, Allerhöchstherrliche von dem Empfang sehr freudig berührt war und Höchstherrlichen Aufenthalt über die bestimmte Zeit hinaus verlängerte. Als dann setzte Ihre Majestät die Weiterreise nach Darmstadt fort, während Seine Majestät der Kaiser, sowie die Großherzoglichen und Erbgroßherzoglichen Herrschaften zum Schloß zurückkehrten.

Um 1 Uhr fand Frühstückstafel im Gartenjaal statt, wozu geladen waren: Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl und Höchstherrliche Gemahlin die Frau Gräfin Rhena, der Königlich Preussische Gesandte, Wirkliche Geheimerath von Eißendeker, der kommandirende General des 14. Armeecorps, General der Infanterie von Schlichting, sowie einige Personen des Gefolges. Außerdem fand Marschallstafel statt.

Die Abreise Seiner Majestät des Kaisers erfolgte um 1¹/₂ Uhr. Seine Majestät ist begleitet von Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog, dem Generalarzt Dr. Leuthold, dem Flügeladjutanten Major von Jacobi und dem Oberhofmarschall Grafen Andlaw. Seine Königliche Hoheit der Großherzogin gab dem Kaiser das Geleite bis zum Hauptbahnhof. Die Ankunft Seiner Majestät auf Jagdhaus Kaltenbrunn erfolgt so frühzeitig, daß der Besuch der Abendbalz noch möglich sein wird. Der Postjägermeister Freiherr Schilling von Canstatt erwartet den Kaiser auf Kaltenbrunn.

Heute Nachmittag hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Zum späteren Abend sind mehrere Personen bei den Großherzoglichen Herrschaften zum Thee eingeladen, wobei der Oberbaurath Herrmann einen Vortrag halten wird.

Die Einnahmen der badischen Bahnen betragen im Monat März:

	aus dem Personenverkehr	aus dem Güterverkehr	aus sonstigen Quellen	Summa	Jahres bis zum März
nach provisor. Feststellung 1895	1 060 880	2 467 555	303 900	3 832 335	9 902 688
nach provisor. Feststellung 1894	1 271 451	2 580 053	305 630	4 157 134	10 584 077
nach definitiver Feststellung 1894	1 275 049	2 629 177	298 981	4 198 207	10 726 280
Im Jahre 1895 gegen die provisor. Einnahme des Jahres 1894	—	—	—	—	—
mehr	—	—	—	—	—
weniger	210 571	62 488	1 730	274 789	681 394
und gegen die definitive Einnahme des Jahres 1894	—	—	—	—	—
mehr	—	—	9 919	—	—
weniger	214 169	161 612	—	365 862	823 597

(Postpakete) nach den Bermudainseln können binfort unter Werthangabe — bis zum Höchstbetrage von 1 000 M. — versandt werden.

(Aus Anlaß des Mannheimer Marktes) wird auf den badischen Staatsbahnen Fahrpreisermäßigung in der Weise bewilligt, daß die am 6. Mai l. J. gelästen einfachen Personenzugfahrten nach Mannheim auch zur Rückfahrt — jedoch nur am nämlichen Tage — benutzt werden können, wenn sie vom Mannheimer Bureau oder vom Sekretariat des Rennvereins abgestempelt sind. Befußt Benützung von Schnellzügen sind Schnellzugskulagarten, je für Hin- und Rückfahrt besonders, zugelassen.

(Vollstliche.) Der Stadtrat beantragt, es wolle der Bürgerausschuß seine Zustimmung geben, daß behufs Erstellung einer Volkstliche, einer Kindertrippe und einer Kleinkinderkafule für den weltlichen Stadttheil das dem Flechner Gustav Sticks gehörige Grundstück zum Preis von 34 440 M. (20 M. für ein Quadratmeter) angekauft werde.

Dr. Sch. (Schneehabungen.) Im hohen Schwarzwald hat der Schnee in der Woche vom 14. bis 20. April sehr erheblich abgenommen, so daß am Morgen des 20. beim Fleckenbergerhof nur noch 35 und in St. Märgen 12 cm anliegen sind; die übrigen Beobachtungsstellen sind schneefrei gewesen, nach den vorliegenden Berichten liegen aber noch an den Winterreifen oder in Vertiefungen beträchtliche Mengen.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) In einem Galhofe in der Bähringerstraße hat sich am 6. d. Mts. ein Galbaniker aus Stuttgart mit Frau eingelagt und ist am 9. verstorben, ohne seine Hotelschuld bezahlen zu haben. Heute Vormittag wurde ein Coarrienmacher aus Scherzheim hier verhaftet, der vom Amtsgericht Kebl wegen Betrugs fidebriell verfolgt ist.

(Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) In Heidelberg trank ein 23-jähriges Kind in einem unbewachten Augenblick aus einer Flasche Vitriol. Trotz sofort angewandter ärztlicher Hilfe ist das Kind Abends im Adamenischen Krankenhaus gestorben. — In Neuenheim ist ein 17-jähriges Mädchen von auswärts, welches hier bei einer Familie auf Besuch weilte, in der Nacht vom 21. auf 22. April ganz plötzlich gestorben. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. — In Säckingen verunglückte der 14-jährige Sohn des Färbermeisters R., als er sich in der Fabrik von Verberich u. Cie. durch einen durch Wasserkraft getriebenen Aufzug von den Partererräumen nach dem fünften Stockwerk (Trockenraum) fahren lassen wollte. Dabei gerieth er mit dem Kopf zwischen eine eiserne Stange und den im Gang befindlichen Aufzug und erlitt so erhebliche Quetschungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — In der Nähe von Göttingen, auf dem sogenannten Kohlenberg, brannten in kurzer Zeit fünf Wohnhäuser und Dekonomiegebäude bis auf den Grund nieder. Der größte Theil der Brandbeschädigten ist verschickt. Wie der Brand entstanden ist, weiß man bis jetzt noch nicht.

Heidelberg, 23. April. Die gefrige Generalversammlung des Portlandcementwerks Heidelberg, vormals

Schiffeder u. Söhne, war von elf Aktionären, welche 2010 Aktien verkauften, besetzt. Dieselbe genehmigte, der „Heidelberger Zeitung“ zufolge, die Verlegung der Fabrik nach Heimen und die getroffene Vereinbarung mit der Stadt Heidelberg. Der Vorstand und der Aufsichtsrath wurden ermächtigt, einen hierauf bezüglichen Vertrag mit der Stadtgemeinde Heidelberg abzuschließen.

Verschiedenes.

Weiden, 23. April. Bei der Vernehmung der Angeklagten im Fuchsmühlprozess nahm die Aussage des Bürgermeisters von Fuchsmühl das größte Interesse in Anspruch. Derselbe geht dahin, daß der Streit seit 30 Jahren dauere. Die Gemeinde sei im Rechte. Der Eintritt des Winters habe eine Nothlage geschaffen. Der Oberförster habe Generalvollmacht gehabt, Holz anzuweisen, habe aber die Fuchsmühl bedrücken wollen; er würde alles Vertrauen bei der Gemeinde verloren haben, wenn er nicht gemeinsame Sache mit ihr gemacht hätte.

Stuttgart, 23. April. Vater Friedrich Graf von Waldburg-Wolfegg-Baldsee, Mitglied der Gesellschaft Jesu, ist in Ditton-Hall in England gestorben. Das fürstliche Haus Wolfegg ist hierdurch in tiefe Trauer versetzt worden. Der Verstorbene war 1861 geboren und hat auf die Erbfolge verzichtet, um in den Orden einzutreten.

Gené, 23. April. Aus verschiedenen Landesstellen werden Fälle von Hundswuth gemeldet. Die organische Regierung richtet deshalb an den Bundesrath ein Gesuch, er möchte über die ganze Schweiz die Hundesperre verhängen.

Wien, 23. April. Einer Blättermeldung aus Raibach zufolge sind heute früh zwei neue heftige Erdschütterungen verurteilt worden.

Wien, 24. April. Der Sollicitator Eisinger, der den Advokaten Rothziegel ermordet hatte, wurde von den Geschworenen einstimmig des Mordmordes schuldig erklärt und zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Frage nach Geistesstörung wurde mit acht gegen vier Stimmen verneint.

Wien, 24. April. Halbamtlich wird erklärt, die Explosion in der kaiserlichen Pulverfabrik in Blumau sei nicht bei der Fabrication des Kriegspulvers erfolgt, sondern durch ein verkehrswise hergestelltes Präparat für Exerzier- und Mandverzweck verursacht worden.

Wien, 23. April. Die geplante Radfahrer-Gesellschaftsreise von Wien nach Konstantinopel ist verschoben worden, nachdem den Leitern der Unternehmung mitgeteilt wurde, daß der österreichische Volkshater in Konstantinopel von dem Unternehmen abtrat, da die türkischen Polizei- und Sicherheitsverhältnisse derartige seien, daß der Volkshater jede Garantie für das Gelingen des Unternehmens ablehnen müsse.

Paris, 23. April. In einer Adresse, welche Prof. Schwarz im Namen der Berliner Akademie der Wissenschaften bei dem Bankett der Ecole Normale Impériale verlas, wird ausgeführt, daß die moderne Wissenschaft ihre Erfolge dem Zusammenwirken aller Kulturen verdanke, daß sich der Einfluß einer hohen Bildungsanstalt jederzeit weit über die Grenze des Landes erstreckt, in dem sie ihren Sitz haben, und deshalb müsse auch das Hundertjahrfest der Ecole Normale weithin Widerhall finden.

Paris, 24. April. Die ausländischen Angeklagten der Dynamitgesellschaft hielten in einer Versammlung sehr heftige Reden. Beim Verlassen der Versammlung wurden Drohbrufe gegen die Nichtstreichenden ausgehoben. Auf dem Boulevard Magenta kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Streikenden, welche die Fenster eines Pferdebahnwagens zertrümmerten. Auf der place de la republice schleuderten die Streikenden Steine gegen die Pferdebahnwagen und führten einen um. Die Garde republicaine schritt gegen die Streikenden ein.

Ypon, 23. April. Gestern extranfen fünf junge Leute, darunter vier Brüder, bei einer Kahnfahrt auf der Rhone. Die Eltern der letzteren fanden am Strande, als der Kahn umkippte und dessen Insassen in's Wasser führten.

Telegraphische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. April. An Stelle des Abg. v. Solleufer (kons.), welcher sein Schriftführeramt niedergelegt hat, wird der Abg. v. Normann (kons.) zum Schriftführer gewählt und hierauf die zweite Beratung der Zolltarifnovelle fortgesetzt. Dabei entzündet sich eine lebhafteste Debatte über den Honigzoll.

Abg. Letocha (Centr.) beantragt, im Interesse der deutschen Zucker den Honigzoll auf 36 M. zu erhöhen.

Abg. Grillenberger (Soz.) befragt im Interesse der deutschen Lebkuchenindustrie die Ablehnung aller Erhöhungen des Honigzolls.

Der Regierungsvertreter Geh. Rath Hänle bezeichnet die Mehrbelastung der Lebkuchenindustrie als kaum nennenswerth.

Abg. Weiß (fr. Volksp.) bekämpft energisch die Erhöhung des Honigzolls.

Abg. Meyer-Halle (fr. Ver.) führt aus, die Lebkuchenindustrie bedürfe des billigen ausländischen Honigs. Der Honig sei ein wichtiger Kulturfaktor, was schon die alten Griechen erkannt hätten.

Abg. v. Kardorff (Kons.) befragt den Antrag Letocha.

Staatssekretär v. Bosadowitzky bemerkt, der künstliche, ausländische Honig sei dem inländischen, natürlichen Honig eine gefährliche Konkurrenz. Es handle sich bei der Zollherabsetzung keineswegs um eine Gefährdung der deutschen Lebkuchenindustrie.

Abg. Beck (fr. Volksp.) bekämpft die Honigzollerhöhung. Nach einer weiteren Bemerkung des Geh. Rathes Hänle wird der Antrag Letocha angenommen. Damit ist der Kommissionsbeschluss bekräftigt, wonach auf Honig in Waben 20 M. Zoll und auf anderen und künstlichen Honig 36 M. Zoll vorgeschlagen waren. Der Zolltag ist für Honig überhaupt nach dem Antrag Letocha auf 36 M. festgelegt.

Die Position, betreffend Cacaobutter, wird debattelos angenommen. Es folgt die Position, betreffend Delc. Die Kommission schlägt vor: einen einseitigen Zolltag von 10 M. für Speisefett; für raffinierte Baumwollsamendle, für Leinöle und rohe Baumwollsamendle in Fässern 4 M.; denaturirte Baumwollsamendle sollen nach der Kommission und der Vorlage 3 1/2 M. Zoll bezahlen.

Abg. Graf Scherwin befragt den einseitigen Zehnmarscholl für raffinierte und rohe Baumwollsamendle.

Abg. Budeberg (fr. Volksp.) meint, auch der Biermarkzoll auf rohem Baumwollsamendle sei noch zu hoch.

Geh. Rath Hänle bemerkt, der Speisefettfabrikation könne allein durch die Regierungsvorlage geholfen werden. Redner spricht sich gegen die Zollunterschiedungen zwischen rohem und raffiniertem Baumwollsamendle aus.

Abg. Darm (Soz.) bekämpft die Erhöhung des Baumwollsamendolls, da sonst Margarine und Speisefette vertheuert würden. (Schluß des Vortrags.)

Berlin, 24. April. Die Umsturzkommission begann unter Vorsitz Böttchers die Feststellung des Verichts. Die nationalliberalen Abgeordneten sind nicht anwesend. Abg. Lenzmann berichtet über die eingegangenen Petitionen. Die Kommission beschloß das von der Regierung der Kommission unterbreitete Material dem Bericht hinzuzufügen. Der Antrag Hebel, auch die von den Regierungsvertretern verlesenen Zeitungsartikel, Flugblätter zc. einzufügen, wurde abgelehnt, nachdem der Regierungsvertreter, Sedendorff, sich dagegen ausgesprochen hatte. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 24. April. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht eine Kabinettsordre, wonach das 3. und 9. Armeecorps an den letzten drei Übungstagen des diesjährigen Kaisermanders des Gardecorps und des 2. Armeecorps teilnehmen.

Berlin, 24. April. In den letzten Tagen ist eine deutsche Rilimandscharo-Expedition, mit dem Rittergutsbesitzer Klein und Lieutenant Ulmenstein an der Spitze, nach Ostafrika zur Anlage einer Straußenzucht abgegangen. — Der Verein der Freien Volksbühne beschloß in der gestrigen Generalversammlung gegen die Verfüzung des Polizeipräsidenten, wonach die Stücke einer Kommission zu unterbreiten sind, auf dem Klagewege vorstellig zu werden. Inzwischen wurden die Ausführungen unterbrochen.

Leipzig, 24. April. In der vergangenen Nacht verstarb hier nach längerem Leiden der Ehrenbürger der Stadt Leipzig Prof. Dr. Ludwig, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität.

Darmstadt, 24. April. Die „Darmstädter Zeitung“ meldet, daß Seine Majestät der Kaiser bis Montag früh 7 Uhr hier verweilen wird.

Darmstadt, 24. April. Ihre Majestät die Königin Viktoria von England ist heute Mittag 17 Uhr hier eingetroffen und wurde von der Großherzoglichen Familie am Bahnhof empfangen. Nach der Begrüßung der Familienmitglieder im Salonwagen der Königin wurde die Königin zum offenen, vierpännigen Wagen geleitet, der mit zwei Spitzreitern voraus durch die reichgeschmückte Rheinstraße nach dem Palais auf dem Luisenplatz, dem Absteigequartier, fuhr. Mit der Königin fuhr der Großherzog und die Großherzogin. Die übrigen Herrschaften folgten in besonderen Wagen. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte in der Rheinstraße die hohen Herrschaften.

Kassel, 24. April. Bei der Reichstagserversammlung in Kinteln-Hofgeismar erhielt, soweit bis jetzt bekannt, Bietthaben (Antifemil) 3060, Bacher (Sozialdemokrat) 1630, Souhan (nat. lib.) 861, Birchow (fr. Volksp.) 280 und Martin (Reichsp.) 87 Stimmen. Das Resultat aus 90 Drittstaaten steht noch aus.

Wien, 24. April. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge würde der zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien abzuschließende Handelsvertrag auf Werthzölle, bei gleichzeitiger Zollherabsetzung von 10 1/2 auf 15 1/2, Prog., beruhen.

Paris, 24. April. Der Kriegsminister veröffentlichte neue Nachrichten aus Madagaskar. Es fanden Zusammenstöße mit den Howas bei Amboumarina und der kleinen Batterie Mahabo statt. Im letzteren Kampf verloren die Howas acht Mann und zwei Kanonen. Vier Kompagnien und zwei Sektionen Artillerie unter Rejinger nahmen am 3. April das verlassene Lager von Niabane, das von 3000 Howas verteidigt war. 100 Howas wurden getödtet und viele verwundet. Drei französische Tirailleurs wurden verwundet.

Paris, 24. April. Das Centralcomité der vereinigten Dreischleifentischer beschloß, die Kautschuk für den 25. d. M. zu einer Generalversammlung einzuberufen, um über die Frage des Generalstreiks aller im Personentransportwesen von Paris Angestellten zu beraten.

London, 24. April. (Unterhaus.) Grey erklärt, daß die Bedingungen des chinesisch-japanischen Friedens der britischen Regierung noch nicht offiziell mitgetheilt worden seien und er deshalb vor der Veröffentlichung sich nicht darüber äußern könne. Der Antrag, dem früheren Sprecher Peel eine Pension von 4000 Pfund zu bewilligen, wurde angenommen. Keir Hardie beantragte, nur 1000 Pfund zu bewilligen, fand aber keine Unterstützung.

London, 24. April. Die „Times“ melden aus Hongkong: Im Norden von Formosa schwärmen Banden von Soldaten number. 28 Personen, darunter 2 Offiziere, wurden getödtet, 50 verwundet.

London, 24. April. Der Gouverneur von Hongkong telegraphirte gestern, da eine dort herrschende Seuche für epidemisch gehalten werde, sei die Einwanderung in Macao und Hoibau verboten worden.

Christiania, 24. April. Die russische Regierung hat einen Kontrakt mit der Werkstätte von Nvaland, betreffend den Bau eines Eisbrecherdampfers für den Hafen von Libau, abgeschlossen, welcher im nächsten Winter zu liefern ist.

New-York, 24. April. Nach Meldungen aus Managua sind drei englische Kriegsschiffe in Corinto in Nicaragua eingetroffen, wie man vermuthet, um die Erfüllung der in dem letzten englischen Ultimatum enthaltenen Forderungen zu erzwingen.

Philadelphia, 24. April. („Times“-Meldung.) Da die Freunde Clevelands eine heftige Campagne gegen die Propaganda für die freie Silberprägung seitens der demokratischen Partei eröffnen haben und da man glaubt, Präsident Cleveland beabsichtige, sich im Jahre 1896 als demokratischer Kandidat mit dem Programm der Segnerschaft gegen die freie Silberprägung aufstellen zu lassen, wird angenommen, daß beide Parteien

bei dem Präsidenten-Wahlkampf die Silberfrage als Wahlparole aufstellen werden und daß hierdurch eine Spaltung in der demokratischen Partei entstehen werde.

Havana, 24. April. Die telegraphische Verbindung mit Manzanillo, dem Hauptquartier des Marschalls Martinez Campos, ist wieder hergestellt. Martinez Campos hat sein Hauptquartier verlassen, sein Ziel ist unbekannt. General Bosh hat die Aufständischen bei Guayabal geschlagen. Zehn Rebellen wurden getödtet und viele verwundet. — Die Regierung von Costarica hat versprochen, auf ihrem Territorium die Bildung von Expeditionen gegen Cuba zu verhindern.

Santiago di Chile, 23. April. Der Kriegsminister hat seine Entlassung angenommen.

Tosio, 24. April. Heute brachten die Vertreter von Rußland, Deutschland und Frankreich in Tosio die Vorstellungen dieser Mächte gegen den Friedensartikel, welcher die Einverleibung von festländischem chinesischem Besitz in das japanische Reich stipulirt, zum Ausdruck. Die Erklärungen wurden durch den japanischen Minister des Auswärtigen entgegengenommen.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 25. April. 56. Ab. Vork. Kleine Preise: „Das goldene Vlies“, dramatisches Gedicht in drei Abtheilungen von Franz Grillparzer. Einleitung und Zwischenaktmusik aus der Oper „Medea“ von Cherubini. III. Abtheilung: „Medea“, Trauerspiel in fünf Akten. Anfang 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Barom.	Therm.	Abolute Feucht.	Relative Feucht.	Wind	Witterung
23. Nachts 9 ^h II. 747.4	12.8	11.0	100	SW	bedeckt 1)
24. Morgs. 7 ^h II. 748.2	13.0	10.4	94	—	—
24. Mittags 2 ^h II. 747.5	19.2	9.9	59	E	wolfig

1) Regen.
Höchste Temperatur am 23. April 17.5°; niedrigste heute Nacht 12.5°.
Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 7.2 mm.
Wasserstand des Rheins. Wagan. 24. April. Morgs., 4.41 m, gestiegen 10 cm.

Wetterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hyd. v. 24. April 1895.

Die Luftdruckvertheilung ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortag, indem eine im Nordwesten gelegene Depression mit einem Minimum vor der Inseln Küste einem das ganze östliche Europa bedeckenden barometrischen Maximum gegenüberliegt. Der Wirkungskreis der Depression ist weit bis in das mitteleuropäische Binnenland ausgedehnt, so daß in Deutschland das Wetter vorwiegend trüb oder unbeständig und regnerisch ist. Die Temperaturen liegen in Folge von südlicher Luftzufuhr ziemlich hoch. Voraussichtlich wird sich der herrschende Witterungscharakter erhalten; wahrscheinlich werden sich auch lokale Gewitter bilden.

Telegraphische Kursberichte

nom 24. April 1895.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 329 1/2, Staatsb. 360 1/2, Lombarden 89 1/2, 3% Portugiesen 25.80, Couper 105.30, Ungarn 102.70, Diskonto-Kommandit 216.20, Gotthardaktien 180.50. Tendenz: schwach.

Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 168.97, Wechsel London 204.65, Paris 81.06, Wien 167.05, Privatdiskonto 1 1/2, Napoleons 16.22, 4% Deutsche Reichsanleihe 106.50, 5% Deutsche Reichsanleihe 98.—, 4% Preuß. Konfols 106.05, 4% Baden in Gulden 105.—, 4% Baden in Mark 105.85, 5% Griechen 32.20, 4% Monopoliengriechen 35.—, 5% Italiener 87.30, Oesterr. Goldrente 103.50, Oesterr. Silberrente 84.75, Oesterr. Loose von 1850 132.70, 4 1/2% Portugiesen 36.80, III. Orientanleihe 67.70.

Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanien 72.70, Holl.-Türken 102.10, 1% Türken D. 25.90, 4% Ungarn 102.80, 5% Argentinier 51.05, 6% Mexikaner 80.10, Berliner Handelsgesellschaft 157.50, Darmstädter Bank 148.90, Deutsche Bank 180.50, Diskonto-Kommandit 215.90, Dresdener 155.50, Oesterr. Länderbank 235 1/2, Oesterr. Kreditaktien 328 3/4, Oest. Südbahn 116.90, Lombarden 88 1/2, Staatsbahn 358.—, Elbthalaktien 245 1/2, Schweizer Nordostbahn 136.60, Mittelmeerbahn 92.20, Meridional 126.—, Bahische Zuckerfabrik 63.05, Nordd. Lloyd 94.—, (Rachbörse.) Kreditaktien 329.—, Diskonto-Kommandit 216.10, Staatsbahn 359.—, Lombarden 89.—, Russen 219.—, Tendenz: besser.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 242.60, Diskonto-Kommandit 216.30, Staatsbahn 1.840, Lombarden 44.—, Russ. Noten 219.—, Laurab. 130.30, Harpener 141.25, Sächs. —.

Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 242.70, Diskonto-Kommandit 215.70, Lombarden 44.10, Russ. Noten 219.—, Bochumer Gußstahl 146.10, Gelsenkirchen Bergwerk 159.25, Laurahütte 130.40, Harpener 141.90, Privatdiskonto 1 1/2.

Wien. (Börse.) Kreditaktien 337.25, Staatsbahn 430.50, Lombarden 106.—, Marknoten 59.82, 4% Ungarn 123.60, Papierrente 101.65, Oesterr. Kronenrente 101.60, Länderbank 235.20, Ungar. Kronenrente 99.50. Tendenz: schwach.

Paris. (Schlußkurs.) 3% Rente 102.17, Spanien 71 1/2, Türken 26.02, 3% Portugiesen 26 1/2, Banque Ottomane 722.—, Rio Tinto 353.—. Tendenz: —.

Abendkurse vom heutigen Tage.

Berlin. Diskonto-Kommandit 215.91, Bochumer 146.10, Dortmund 66.60.

Frankfurt. Kredit 330 1/2, Diskonto 215.90, Staatsbahn 359 1/2, Lombarden 88 1/2, Gelsenkirchen —, Türken —, Portugiesen 25.80, 6% Mexikaner 80.10. Tendenz: fest.

Paris. 3% Rente 102.27, 3% Portugiesen 25 1/2, Spanien 71 1/2, Türken 26.—, Banque Ottomane 726.—, Rio Tinto 352.—, Banque de Paris 788.—, Italiener 87.90. Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

URANIA-PRÄCISIONS-TASCENUHR.
Die Urania-Präcisions-Taschenuhr bietet durch ihre genaue, mechanisch vollkommene Konstruktion, ihre Ferstellung in vorzüglichstem Material und ihre mit peinlicher Sorgfalt ausgeführte Regulirung Garantie für zuverlässigsten und sichersten Gang und ist durch ihre kräftige Bauart weniger als andere derartige Uhren Störungen im Gange ausgesetzt. Ihr mässiger Preis (von M 115— an) erleichtert ihre Anschaffung und verleiht ihr auch in dieser Beziehung eine Ueberlegenheit über ähnliche Fabrikate.



G. SCHMIDT-STAU,
Hof-Uhrmacher, Karlsruhe,
154 Kaiserstrasse, gegenüber der Grandier-Kaserne.
Auswahlsendungen und Aaskunft bereitwilligst.

Bekanntmachung.

Die durch Allerhöchsten Erlass vom 21. Juni 1862 landesherrlich bestätigte

Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft

führt nach Beschluss der Actionäre und nach ertheilter Genehmigung der Königlich Preussischen Staatsregierung fortan die Firma

Preussische Pfandbrief-Bank.

Dieser Firmenwechsel hat auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft, welcher Art sie auch sein mögen, keinerlei materiellen Einfluss, vielmehr werden alle bestehenden Rechte und Pflichten der Gesellschaft unverändert unter der neuen Firma wahrgenommen beziehungsweise erfüllt.

Die verausgabten Hypotheken-Antheil-Certificate und Depotscheine bleiben in ihrer bisherigen Form im Verkehr.

Die Actien werden später nach Erlass einer besonderen Bekanntmachung des Vorstandes auf die neue Firma abgestempelt.

Das abgeänderte Gesellschafts-Statut kann von der Bank kostenfrei bezogen werden.

Berlin, den 23. April 1895.

Preussische Pfandbrief-Bank.

Gust. Grafe. Dannenbaum. D. 90.

In unserem Verlag erschien und ist vorrätig in allen Buchhandlungen:

Pflanzenkunde.

Das Wichtigste aus dem allgemeinen Theile, nebst einem nach Linne'schem System eingerichteten leicht faßlichen Schlüssel zur badischen Flora.

Für die Hand der Schüler bearbeitet von D. 96.1. Ferd. Leutz, Direktor des Gr. Schullehrerseminars Karlsruhe i. A. d. t. neu durchgegebene Auflage. Preis 1 Mark. Karlsruhe. G. Braun'sche Hofbuchhandl.



Normal-Schulbänke

in 12 verschiedenen Gattungen, für jede Art von Unterricht, nach neuesten Anforderungen der Schul-Hygiene und Pädagogik. Fabrikat ersten Ranges. Billigste Preise. Franco-Lieferung. Prospekte und Kosten-Berechnungen gratis. Feinste Referenzen 1406.2 im Großherzogthum Baden. Carl Elsässer, Schulbankfabrik, Schönau bei Heidelberg.

Liegenschafts-Versteigerung.

Die Kinder des verstorbenen Oberleutnants Hermann Dünnebeil in Freiburg lassen der Theilung wegen mit obervermündschaftlicher Genehmigung am

Dienstag den 30. April d. J., Vormittags 11 Uhr, im Rathhaus in Freiburg das nachbeschriebene, in hiesiger Stadt gelegene Anwesen, als:

Haus Nr. 13 der Clara-Straße, bestehend in einem dreistöckigen Wohnhaus mit einem einhöckigen Hinterbau, Waschküche und Holzremise enthaltend, dazu ca. 2 Ar 7,90 Qm. Hausplatz und Hof, angrenzend nördlich an Emma Schieler, südlich an Carl August Bühler, westlich an Wilhelm Lederle, östlich an die Clara-Straße, öffentlich versteigern, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn wenigstens 22,000 Mark geboten werden.

Die näheren Bedingungen können in meinem Amtszimmer, Kaiserstraße Nr. 145 III, eingesehen, auf Kosten des Antragstellers auch schriftlich bezogen werden.

Freiburg, den 16. April 1895. Der Großh. Notar: Gärtner.

Bekanntmachung.

Friedhof im Schotten

Der seit 1. Mai 1870 geschlossene alte soll im Laufe dieses Jahres abgeräumt werden.

Zunächst bleibt es den betreffenden Familien freigestellt, die Gebeine der im alten Schotten-Friedhof ruhenden Angehörigen nebst den zugehörigen Grabdenkmälern auf den neuen Friedhof überführen zu lassen und dort in einer Familiengrabsätte oder in einem neuen Begräbnisplätze unterzubringen. Zu den hiernach erforderlichen Einzelgräbern wird städtischerseits der benötigte Platz unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Die Erlaubnis zur Ausgrabung von Leichen und bezw. Gebeinen im alten Friedhof und zur Transferirung auf den neuen Friedhof — unter Beachtung der erforderlichen sanitätspolizeilichen Maßnahmen — ist vom Groß. Bezirksamt allgemein ertheilt, so daß im Einzelfalle nicht mehr um Genehmigung nachzusuchen ist.

Ferner ist den Besitzern von Familiengräbern auf dem neuen Friedhof gestattet, bei der Räumung des alten Friedhofs im Schotten die auszugrabenden Gebeine ihrer Angehörigen ohne Weiteres in den Familiengrabsätzen ohne völlige Aufgrabung der letzteren beizusetzen. (Diese Erlaubnis erstreckt sich aber nur auf die Beisetzung von „Gebeinen“.)

Diese den Angehörigen überlassene Abräumung und Transferirung soll bis zum 1. Oktober 1895 beendigt sein.

Nach diesem Zeitpunkt wird seitens der Stadtgemeinde die vollständige Abräumung des Schotten-Friedhofes vorgenommen werden.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, ersuchen wir diejenigen Personen, welche die Transferirung auszugrabender Leichen bezw. Gebeine der auf dem alten Friedhof im Schotten beigesetzten Angehörigen beabsichtigen, dies im Laufe dieses Frühjahrs auf dem Stadtbauamt anzuzeigen und im Benehmen mit dem letzteren für den rechtzeitigen Vollzug zu sorgen.

Da eine Benachrichtigung der von hier weggezogenen Familienangehörigen unsererseits nicht möglich ist, ersuchen wir die Verwandten und Freunde derselben, solche hievon in Kenntniß setzen oder deren Wohnsitz zu genanntem Zwecke anher bezeichnen zu wollen.

Konstanz, den 18. April 1895.

Der Stadtrath. Weber. Heckmann.

Öffentliche Aufforderung

zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- und Unterpfandbüchern der Gemeinde Murg, Amtsgerichtsbezirk Säckingen, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Unterpfandbücher betreffend (Reg.-Bl. S. 213), und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Vereinigungen betr. (Bef.-u. B.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gemähr- und Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Bef.-u. B.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzusuchen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß

die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.

Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichniß der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Rathhause zur Einsicht offen liegt und daß diese öffentlichen Verständigung der Mahnung als Zustellung an alle, auch die bekannten Gläubiger gilt.

Murg, den 23. April 1895. Das Gemähr- und Pfandgericht. Hilbert, Bürgermeister. Der Vereinigungskommissär: Fr. Eberle, Rathsch.

Bekanntmachung.

Karlsruher Lokalbahnen.

Am 1. Mai d. J. tritt ein neuer Fahrplan in Kraft. — Exemplare desselben sind durch die Stationen käuflich zu erhalten. Karlsruhe, im April 1895.

Bau- und Betriebsverwaltung für süddeutsche Nebenbahnen.



Gisela-Verein

zur Anstellung heirathsfähiger Mädchen, unter dem Protektorate S. Kais. u. Kön. S. der Frau Prinzessin Gisela von Bayern verleiht Mädchen von 0-12 Jahren zu den billigsten Prämien und unter den coulauesten Bedingungen. Verichertes Kapital: über 100,000,000 Mark. Reservefond: 10,000,000 Mark. Pro 1893 vertheilte Dividende: 12 % der Jahresbrämie. D. 62 I. Prospekte gratis und franco durch die Generalagentur f. d. Großherzogth. Baden Karlsruhe, Sophienstraße 60. Täglich Vertreter an allen Orten Badens gesucht.

Am Hauptbahnhof. Karlsruhe. Beste Verkehrsstage der Stadt.

Hotel Grüner Hof.

Altrenommiertes, durch gänzlichem Umbau den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtetes Haus. Freundliche, luftige Zimmer, tadellose Betten, vorzügliche Küche und reine Weine. Bürgerliche Preise. Telefon Nr. 292. Hauptburde am Hauptbahnhof. Stiller/ader Personenaufzug. Mit dem Hotel verbunden: Wein-Restaurant und Café. O. Glassner. D. 620 4.

P. P.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum gestatte mir ergebenst die Mittheilung zu machen, daß ich mit heutigem Tage mein

Cigarren- & Tabak-Geschäft

von Kreuzstraße Nr. 31 nach Karl-Friedrichstraße No. 19 (neben der Landesgewerkschalle) verlegt habe.

Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthen Kunden so gut als irgend möglich zu bedienen, und ersuche höflich die geehrten Herrn Käufer um geneigten Zuspruch.

Dochachtungsvoll Karl Altinger. Karlsruhe, 23. April 1895. D. 95.1

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Verwalters der hiesigen städtischen Abfuhranstalt mit einem bis höchstens 4250 Mark ansteigenden Jahresgehalt ist neu zu besetzen.

Bewerber, welche gründliche Kenntnisse und Erfahrungen im landwirthschaftlichen und Fuhrwerksbetrieb besitzen und gleichzeitig in selbständiger Besorgung von Hirtenangelegenheiten und schriftlichen Arbeiten vollständig bewandert sind, wollen sich unter Anfügen ihrer Zeugnisse und einer selbst geschriebenen Darstellung ihres Lebenslaufes und Bildungsganges, sowie unter Bezeichnung ihrer Gehaltsansprüche bis längstens 1. Mai l. J. melden.

Mannheim, den 16. April 1895. Stadtrath. Martin. Lemp.

Salon-Pianino

von Rich. Lipp & Sohn, Stuttgart, mit großartig. Tonfülle, geschmackvoller Ausstattung, sehr billig zu verkaufen bei

L. Hack, Pianofortehandlung, „Grüner Hof“ (zwei Treppen). Kein Laden! Keine Spesen! Jeder billiger als jede Concurrenz!

Bermischte Bekanntmachungen.

B. 889.2. J. Nr. 902. Karlsruhe. Bauführergefuch für den Anlaß und Hochschulbau der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Zur Beaufichtigung der planmäßigen Ausführung und Leitung der Arbeiten des genannten Neubaus wird ein zuverlässiger, praktisch tüchtig gebildeter Bauführer gesucht, der auch mit dem Aufstellen von Bauabrechnungen vertraut sein soll.

Der Eintritt hat am 15. Mai bezw. 1. Juni 1895 zu erfolgen. Die Dauer der Beschäftigung beträgt 3 Jahre. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnisabschriften und Beifügung ihrer Gehaltsansprüche spätestens bis 11. Mai 1895 bei dem Sekretariat der Baudirection schriftlich melden.

Karlsruhe, den 18. April 1895. Großh. Baudirection. Durr. Martin.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir verleiern gegen Baarzahlung am Montag den 29. d. Mts. Vormittags 8 Uhr beginnend, in unserm Versteigerungsraum, Eingang beim Eisinger Wegübergang, die im I. Quartal 1894 eingelieferten Fundstücken und Fruchtäcker.

Karlsruhe, den 22. April 1895. Großherzogl. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

Steinkohlenlieferung.

D. 97.1. Die Großh. Arbeitsverwaltung zu Pilsen vergibt für das Jahr 1895/96 die Lieferung ihres Steinkohlenbedarfs, und zwar mit 70000 kg 1a Huber Feinstkohle, 50000 kg 1a gewasene und gefiebte Anthraciten in Submissionsweg. Die Lieferungsbedingungen liegen hier und bei Großh. Amtsstelle Mannheim zur Einsicht auf. Die Versteigerung wird am 15. Mai l. J. festgesetzt. Angebote hierauf — franco Waggon Eisenbahnstation Vagenbrücken — wollen bis 4. Mai l. J., Nachmittags 5 Uhr, verriegelt und mit Aufschrift bezüglich der Lieferung versehen, anbei eingereicht werden.

Köslan, den 23. April 1895. Großh. Arbeitsverwaltung.

Das Zahn-Atelier von Karl Petry

befindet sich D. 188.8 Karlsruhe 21 a, Ecke Ludwigplatz.